

Klausur Nr. 1

Thema: Soll am Prinzip des Freihandels festgehalten werden?

Aufgabenstellung:

1. Erläutere die Ziele und Formen der Internationalisierung aus betriebswirtschaftlicher und volkswirtschaftlicher Sicht. (Stelle in diesem Zusammenhang sinnvolle Bezüge her zu den Dir bekannten Handelstheorien.) [24 Punkte]
2. Analysiere die Position, die *Noreena Hertz* im vorliegenden SPIEGEL-Artikel vertritt. [31 Punkte]
3. Erörtere je zwei Vor- und Nachteile, die sich für Deutschland ergeben könnten, wenn Einfuhrzölle auf in Asien gefertigte Computer und entsprechende Peripheriegeräte in Höhe von 20 Prozent (momentan besteht kein Zollsatz) erhoben würden. [18 Punkte]
4. Skizziere eine Strategie der Außenwirtschaftspolitik aus europäischer Sicht, die eigene Interessen wahrt und gleichzeitig globale Verantwortung übernimmt. [27 Punkte]

Viel Glück und Erfolg!

Text: Noreena Hertz: Wieso Protektionismus sein Gutes hat, in: Spiegel Online vom 1. April 2009, zit nach <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,616746,00.html>

Wieso Protektionismus sein Gutes hat

Banken werden verstaatlicht, Managerboni begrenzt, Billionen an Staatsschulden angehäuft - westliche Regierungschefs werfen derzeit fast jeden Glaubenssatz der vergangenen Jahre um. Nur am Freihandel halten sie unbeirrt fest. Ein Fehler, findet Globalisierungskritikerin Noreena Hertz.

Die Gemütslage der Staatenlenker ist düster. Sie wissen, dass sie einer der schwersten weltweiten Wirtschaftskrisen gegenüberstehen, die es je gegeben hat. Sie wissen, dass die Krise hausgemacht ist: durch Inkaufnahme extremer Risiken, durch schändliche Nachlässigkeit bei der Aufsicht über die Finanzmärkte, durch eine selbstgefällige Ignoranz gegenüber den Risiken eines unkontrollierten Welthandels.

Und sie sind getrieben von dem Bewusstsein, dass sie Entscheidungen treffen müssen, ohne dabei auf die Rezepte und Erfahrungen zurückgreifen zu können, auf die sie sich in den vergangenen 30 Jahren verlassen haben. Die Staatschefs befinden sich in unbekanntem Gewässern. Bisher gültige Weisheiten, ökonomische Gesetzmäßigkeiten und etablierte Axiome haben keine Gültigkeit mehr, weil sie sich im halsbrecherischem Tempo eine nach der anderen als wirkungslos erweisen.

Die Dogmen des Neoliberalismus - Privatisierung, Deregulierung, ausgeglichene Haushalte - wurden von allen verworfen, von den wenigen ehernen Dogmatikern einmal abgesehen. Nur einem Grundsatz will keiner abschwören. Die Vorrangstellung des freien Welthandels ist immer noch sakrosankt.

Da werden Banken verstaatlicht, Bonuszahlungen zurückgefordert, Billionen von Dollar an Staatsschulden angehäuft und so ziemlich jedes Konzept, jeder Glaubenssatz und jedes Ideal in Frage gestellt, ins Gegenteil verkehrt oder einfach aussortiert.

Doch der Freihandel steht über allem - fast wie eine religiöse Wahrheit, die anzuzweifeln einem Tabubruch gleichkommt. Auch auf dem G-20-Gipfel stellt niemand diesen Grundsatz zur Diskussion.

Tatsächlich hat die Brigade der Welthandelsapostel aus Politikern, Wirtschaftsführern und Ökonomen - lediglich die Franzosen bilden da eine Ausnahme - den missionarischen Overdrive eingeschaltet. "Die Lösung der Krise führt über den Ausbau des freien Welthandels", sagte jüngst der Brasilianische Präsident Luis Inácio Lula da Silva. "Wir wenden uns gegen jede Tendenz, neue Handelsschranken zu errichten", sekundierte der chinesische Handelsminister Chen Deming - ein Standpunkt, den auch die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel immer wieder vertritt, während der britische Premier Gordon Brown bei jeder sich bietenden Gelegenheit davor warnt, die "Prinzipien des freien Handels" über Bord zu werfen.

"Die Prinzipien des freien Handels" - was für ein merkwürdiger Grundsatz, haben uns doch die vergangenen Monate gelehrt, jeden Grundsatz der Ökonomie und der Finanzwirtschaft zu überprüfen, abzuwägen und zu hinterfragen.

Hinzu kommt, dass die Dogmatiker gerne mit zweierlei Maß messen. So lassen sich Browns antiprotektionistische Aufrufe schwerlich mit seinem innenpolitischen Slogan "Britische Jobs für britische Arbeiter" vereinbaren. Und der Premier steht nicht allein: In ihrem jüngsten Report stellt die Weltbank fest, dass 17 der 20 Gipfelteilnehmerländer in den vergangenen Monaten neue Handelsschranken errichtet haben.

Es sind also nicht wenige Länder, die offiziell für einen freien Welthandel eintreten und klammheimlich Schutzzonen für Teile ihrer Industrien einrichten.

Eine Entwicklung, die gleich in doppelter Hinsicht problematisch ist: Sie fördert das Misstrauen zwischen den einzelnen Staaten - und das zu einer Zeit, in der ohne eine vertrauensvolle Zusammenarbeit keine Chance besteht, die Krise zu bewältigen. Und sie enthält ein fatales Signal für die jeweilige Wählerschaft. Nämlich dass die Politiker nicht bereit sind, die intellektuelle Redlichkeit und Flexibilität aufzubringen, um ausnahmslos alle wirtschaftspolitischen Instrumente in Frage zu stellen, die sie in den vergangenen 30 Jahren hochgehalten haben.

